

Neues aus dem Neckartal

Politisches nicht nur aus Rottenburg, Hirrlingen, Starzach und Neustetten

Flächenfraß durch Discounter

Unsere Stadt braucht neue Ideen für Nahversorgung

Eine „unverbindliche Anfrage“ hat die Stadt von Netto und Norma für einen Supermarkt in Kiebingen erhalten, Verkaufsfläche 800 Quadratmeter, insgesamt 3.500 Quadratmeter. Sofort denkt die Stadt an eine Ackerfläche direkt an der L 370 Richtung Bühl neben dem Baugebiet „Krummen Gwand“.

Dort fehlen noch wichtige Grundstücke für die Erschließung, die zwei Erbgemeinschaften gehören. Seit Jahren wird eine Einkaufsmöglichkeit gebraucht. In Wurmlingen soll ein Supermarkt am Ortsausgang Richtung Hirschau entstehen, ebenfalls auf einer Ackerfläche. Die Blickachse auf die Wurmlinger Kapelle wird verstellt.

Ideenlosigkeit im Rathaus

In Hailfingen und Seebronn wurden Dorfläden gegründet. Aber statt diese Initiative aufzugreifen und ein Gesamtkonzept für alle Ortsteile zu entwickeln, macht die Rathausspitze diese Idee von Ehrenamtlichen abhängig. In

Kiebingen sei in der Ortsmitte nicht genügend Platz, vom Investor dürfe man nicht zu viel verlangen. Das ist doch erbärmlich! Supermarktketten diktieren Bodenpreise, betreiben Flächenfraß und fahren ihre Produkte von weit her an (CO2-Verbrauch!). Man gucke sich die „Parklandschaften“ von

lokalen Erzeugern von Lebensmitteln verknüpft sind (Rebio, Bauern, Landwirtschaft der Vollzugsanstalt)? Lebensmittel wären frisch, aus kontrolliertem Anbau, Transportwege wären kürzer, die CO2-Belastung geringer, die Bodenversiegelung gebremst und Landwirte gestärkt! Unsere Fair-Trade-Stadt hätte ihren Namen verdient!

Queck-Sanierung ungelöst

Anscheinend hat die Stadt das Problem der begrenzten Flächen noch nicht verstanden. In den Teilorten soll Naturrasen durch Kunstrasenplätze ersetzt werden. Das Queck-Areal will Baubürgermeister Thomas Weigel wegen der Altlasten (bis heute nicht untersucht) „nicht anfassen“. Weil das Geld koste, überlässt man die Altlast

der nächsten Generation. Seit Jahren verrottet das frühere Betonröhrenwerk. Jetzt prüft das Landratsamt wenigstens die Betriebserlaubnis und die Abfuhr der großen Schrottmengen.

>>>



Foto: N. Kern

Am Ortsrand von Remmingsheim - Bald auch in Kiebingen?

Lidl und Edeka in der Graf-Wolfegg-Straße an.

Warum machen wir uns von Discountern abhängig? Warum entwickeln wir nicht ein Konzept für alle Teilorte mit Dorfläden und Bauernmärkten, die mit

Lesen Sie weiter: **Stuttgart 21- Tunnel - Wasser Marsch!** Seite 3

Aufbruchstimmung bei der Rottenburger LINKEN Seite 5

Interkommunales Aktionsbündnis gegründet Seite 7

Krise in der Pflege im Landkreis nimmt zu Seite 10

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Neue Gewerbefläche Oberes Feld

Für die Verwaltung scheint es einfacher, neue Flächen zu verbrauchen als alte zu sanieren. Das zeigt sich am Ergebnis der Klausurtagung Gewerbeflächen. Laut Andreas Lanio, Leiter der Stabsstelle Wirtschaftsförderung, gab es 2018 etwa 60 Anfragen zur Gewerbeumsiedlung oder -ansiedlung, ein Flächenbedarf von fünf Hektar in der Kernstadt. Dafür wolle die Stadt jetzt 13 ha im Oberen Feld entwickeln und die Verkehrsanbindung an die B 28 samt dreispurigem Ausbau des Autobahnzubringers planen.

Die Rathauspitze begleitet das mit einer kruden Behauptung: Der Gemeinderat hätte am 20.3.2018 „festgelegt“, Ähneshalde / Oberes Feld als Alternativstandort zu entwickeln, falls die Einwohner gegen den Herdweg / Galgenfeld sind. Das ist falsch! Laut offiziellem Protokoll hat der Gemeinderat den Antrag der WiR-Fraktion, den Standort Ähneshalde weiterzuverfolgen, mit 29 Nein-Stimmen zu zwei Ja-Stimmen abgelehnt! Nach dem erfolgreichen Bürgerentscheid hat die Stadt nicht einmal überzeugende neue Argumente für die Notwendigkeit von Gewerbeflächen vorgelegt.

Zur Erinnerung: Das Immakom-Gutachten ging von einer Schätzung zwischen 10 und 110 Hektar neuer

Gewerbefläche aus und „errechnete“ daraus einen durchschnittlichen Bedarf von 35 Hektar! Immer klarer wird: Die Stadtpitze nimmt Argumente gegen die weitere Bodenversiegelung überhaupt nicht ernst. Zu ihren Plänen, das Flugfeld Baisingen zu bebauen, schweigt sie und will dies bis nach den



Bald auch in Kiebingen auf der grünen Wiese?

Gemeinderatswahlen im Mai aussitzen.

"Ende im Gelände"?

Böden sind eine endliche Ressource der Natur, sie sind wichtige Speicher für CO₂ und Wasser. Gerade hat Ralf Götsche, Chef der Ammertal-Schönbuch-Gruppe (ASG), vor künftigen Problemen in der Trinkwasserversorgung gewarnt. Sie werden durch hohe Nitratwerte (Düngemittel), aber auch durch geringere Regenmengen verursacht. Regenwasser in unversiegelten Gebieten braucht in Kiebingen 1,5 Jahre, in Ammerbuch sogar 14 Jahre, bis es in den ASG-Brunnen als Trinkwasser ankommt. Nicht-versiegelte Böden verhindern Hochwasser (Flugfeld Baisingen!). Hinzu

kommt ihre Bedeutung für die Artenvielfalt von Bodentieren, Vögeln und Insekten und nicht zuletzt für die Herstellung von Lebensmitteln und Viehfutter.

Deshalb sieht die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung vor, ab nächstem Jahr (2020) den bundesweiten Flächenverbrauch auf 30 Hektar pro Tag zu begrenzen, für 2050 soll er auf Null gesenkt werden! Für Baden-Württemberg würde das für 2020 maximal 1.460 Hektar pro Jahr bedeuten, aktuell sind es etwa 2.100 Hektar!

All das kümmert die Rathauspitze mit ihrer "Gewerbestrategie" nicht die Bohne!

Deshalb tritt **DIE LINKE** ein für:

- **Nahversorgungskonzepte für alle Teillorte (Lebensmittel, Ärzte, Apotheken und ÖPNV)**
- **Einbindung von lokalen Nahrungsmittelzeugern (Rebio, Bauern, Gefängnislandwirtschaft) in die Nahversorgung**
- **Keinerlei Ausweisung neuer Gewerbeflächen ohne neues Gutachten mit Berücksichtigung der Höchstgrenzen für den Flächenverbrauch**



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg



STICHTAG 26. Mai

SIE HABEN DIE WAHL.

Kommunalwahlen und Europawahl
in Baden-Württemberg

Je stärker

DIE LINKE.

desto sozialer Rottenburg und Europa!

Stuttgart 21-Tunnel – Wasser marsch!

Seit rund sechs Monaten ruht der Vortrieb von zwei Tunnelröhren nach Obertürkheim. Der Grund: Massiver Wassereinbruch auf einer Länge von 300 Metern. Die Mineure, die nahe der Straße „Am Nordkai“ nur zwischen zehn und 15 Meter unter der Geländeoberfläche graben, kommen wegen des aus dem Untergrund zuströmenden Grundwassers nicht voran. Im Mittel dringen rund 30 Liter pro Sekunde bzw. 2,5 Millionen Liter pro Tag in die Baustelle, eine Menge, mit der sich täglich fünf Hallenbäder füllen ließen. Ist das endlich der Anfang vom S21-Ende?

Sicher ist bereits, dass es sich beim eingetretenen Wasser um Grundwasser handelt und nicht wie zunächst befürchtet um Mineralwasser, das etwa 20 Meter unter der Baustelle verläuft. Unklar ist noch, wie man dem Wassereintritt Herr werden kann. Unter den aktuellen Bedingungen kamen die Arbeiter nur noch 50 Zentimeter pro Tag voran, normalerweise wären es drei Meter.

Es ist unglaublich, denn schon am 08. Oktober 2018 hat der S21-Gegner Christoph Hofrichter, Schauspieler, Regisseur und Mitglied im Bezirksbeirat Untertürkheim, in seiner Rede auf der 436. Montagsdemo

über das damals schon bestehende Problem berichtet und auf die Gefahren hingewiesen. Hier einige Auszüge aus seiner Rede:

„Brummt die Wumme in der Nacht, ist Obertürkheim um den Schlaf gebracht. Die Bürger leiden große Qual, der Deutschen Bahn ist das scheißegal.“ Dieses kleine Gedicht haben wir an dem großen von Heinrich Heine angelehnt: „Denk ich an Deutschland in der Nacht, so bin ich um den Schlaf gebracht“. Immer noch hochaktuell!

Das Jahrhundertprojekt hat jetzt also auch Obertürkheim erreicht; mit schwerstem Gerät werden Tag und Nacht Eisenträger längs der Bahntrasse zwischen Unter- und Obertürkheim in die Erde gerammt. Ziel der Veranstaltung ist, die Trasse von S21, die

durch den Wangener Tunnel über Untertürkheim führt, von unten hier in die bestehende Trasse einzufädeln. Aber jetzt ist Pause, mit Gottes Hilfe hat ihnen das Wasser erst mal einen Strich durch die Rechnung gemacht, die linke Tunnelröhre ist seit Juni gestoppt, die rechte jetzt auch.

Die DB hatte beim „bestgeplanten



Projekt“ vergessen, dass der Neckar da – genau, wo sie jetzt bauen – bis vor 60 Jahren geflossen ist, davor auch die letzten 1000 Jahre. Er kam immer von Esslingen-Weil-Brühl durchs Tal, machte vor dem Bahnhof Obertürkheim eine Kurve und floss der Bahnstrecke entlang bis Untertürkheim.

Ich habe selbst 1953 noch im Neckar gebadet, ein Naturfluss mit Pappeln und Uferwiesen. Das ganze Areal hinüber bis Hedelfingen und Wangen waren Äcker, Wiesen, Bäume,

Sträucher, zwei Baggerseen: ein riesiges Biotop. Das alles musste dem Industrieprojekt ‚Stuttgarter Neckarhafen‘ Ende der 50er Jahre weichen, man hat den Neckar versetzt und den alten Flusslauf aufgeschüttet. Und jetzt ist es so für mich, als ob der Neckar sich rächen will dafür, dass man ihm sein altes Flussbett weggenommen hatte.

In Untertürkheim war die Bahn schon in eine Fast-Katastrophe geschlittert: in der Tiefe schoss plötzlich Wasser aus einem Loch: 10 Liter pro Sekunde! Wenn da jemand gestanden hätte, er wäre tot. Man hat das ganze Viertel abgesperrt und ein Jahr lang Betonmengen in den Untergrund gepumpt. Danach war wieder alles in Ordnung und es konnte „zügig“ weitergehen. Aber vor Obertürkheim war schon wieder Schluss.

Diese Kurzstrecke zwischen Ober- und Untertürkheim ist eine Achillesferse: wenn das Problem an der Baustelle wirklich chaotisch endet, ist der gesamte Bahnverkehr nach Stuttgart in Esslingen beendet; und der Fernverkehr, der an Stuttgart vorbei geht, müsste schon in Ulm über Aalen umgeleitet werden, Fahrzeitverlängerung: zwei Stunden. Denn erst in Untertürkheim gäbe es die Chance, die Züge an einer Baustelle vorbei zu leiten über die ‚Schusterbahn‘ (Stuttgart-Münster – Stuttgart-Zazenhausen – Kornwestheim).

Jetzt im März 2019 berichtet der SWR, dass immer noch keine Lösung gefunden wurde. Nur ein Vertreter der Bahn verbreitet tief unten im Schlamm des Tunnels die übliche „Baldrian-Lüge“: „Alles unter Kontrolle, kein Problem“. Es ist unerträglich, wie Politik und Bahn bei Stuttgart 21 die Menschen gefahrlos belügen können, weil sie genau wissen, dass ihnen NIX passieren wird in unserem „Rechtsstaat“, in dem die „Mehrheit bestimmt, was Wahrheit ist“, wie der grüne MP Kretschmann so gern betont.

Fest steht bisher nur, dass die Genehmigung zum Abpumpen für ein weiteres Jahr erteilt wurde. Aber schon die nächste Katastrophe kündigt sich an:

An zahlreichen Gebäuden im Kernviertel, unter denen der Fildertunnel verläuft, haben sich Risse gebildet.

„Steter Tropfen höhlt den Stein“ ist ein Teil der Motivation für den langjährigen Protest gegen das unsinnige S21. Aber jetzt sind aus den Tropfen gleich 2,5 Millionen Liter pro Tag geworden! Steht „denen“ jetzt bald das Wasser bis zum Hals?

Deshalb wollen wir auch weiterhin unsere Stimme erheben und vor allem

OBEN BLEIBEN!

Gastbeitrag von **Jürgen Hückstädt**
Rottenburg

DAS KLIMA RETTEN - NICHT DEN KAPITALISMUS!

Verschleppte Energiewende in Stuttgart

Wenn es in dem Tempo weitergeht, „braucht die Stadt zur Energiewende noch 400 Jahre“. So hieß ein Artikel der Stuttgarter Nachrichten im August 2018. Stuttgart ist extrem abhängig vom importierten Klimakiller Kohle, gefährlichem Atomstrom und der schmutzigen Müllverbrennung. Nachdem der Gemeinderat 2002 die Energie- und Wasserversorgung vollständig privatisiert hat, liegt die Energiewende auf Eis. Aktuell werden nur ein Prozent der Potenziale für Sonnenenergie und Erdwärme in unserer Stadt genutzt. Und der Ausbau der Windenergie im Umland ist völlig zum Erliegen gekommen.

Klimaschutz braucht Druck von Unten!

Der Klimawandel bedroht die Lebensgrundlage von Mensch und Tier. Auch in Stuttgart erleben wir jeden Sommer neue Hitzerekorde. Eine konsequente Energiewende wurde in Stuttgart nie konkret in Angriff genommen. Dies ist den regierenden Parteien anzulasten, die die kurzfristigen Gewinninteressen der Wirtschaft über den Klimaschutz stellen.

„Wenn Lösungen in diesem System so schwer sind, dann sollten wir vielleicht das System ändern.“

- Greta Thunberg

Klimaschutz und die Profitgier der Konzerne: Das passt nicht zusammen. Ein aktuelles Beispiel ist die Einigung der Kohlekommission: Nur unter der Bedingung, dass sie Milliardenentschädigungen bekommen, willigten die Energiekonzerne in den Kohleausstieg ein. Und zwar in einen Kohleausstieg der so spät kommt, dass Deutschland alle Klimaziele verfehlen wird. Mutige politische Weichenstellungen für eine zügige Energiewende müssen darum durch öffentlichen Druck durchgesetzt werden. Die bundesweiten Schülerstreiks bei **Fridays for Future** sind eine riesige Chance, um die Politik zum Umsteuern zu zwingen. Die Gelegenheit ist günstig, denn am 26. Mai 2019 finden drei Wahlen statt: Gemeinderatswahl, Regionalwahl und Europawahl. Vor den Wahlen sind die politischen Parteien ganz besonders auf ihr Image in der Öffentlichkeit bedacht.

DIE LINKE in Stuttgart ist aktiv für Klimaschutz & Verkehrswende

DIE LINKE setzt sich seit vielen Jahren in Stuttgart und der Region für mehr Klimaschutz ein. Wir haben von Anfang an den Radentscheid für ein fahrradfreundliches Stuttgart unterstützt. Wir machen uns stark für ein Radschnellwegenetz in Stuttgart und der Region. Zusammen mit dem Bündnis „*Stuttgart lauft nai*“ haben wir erreicht, dass die Stuttgarter Innenstadt autofrei wird. Wir fördern damit nachhaltige Mobilität und schaffen Raum für neue Stadtbäume und Wasserflächen. Durch unseren Druck gegen jährliche Tarifsteigerungen im VVS, ist nun die große Tarifzonenreform erfolgt. Der öffentliche Nahverkehr (ÖPNV) wird damit deutlich günstiger und es gibt in Stuttgart mehr Investitionen in neue Stadtbahnen und einen vierten Betriebshof. **DIE LINKE** hat eine ökologische Dämmstrategie zur Gebäudesanierung im Gemeinderat durchgesetzt. Anstelle von Kunststoffdämmplatten sollen künftig nur noch klimaneutrale Dämmstoffe eingesetzt werden. Wir setzen auf klima-neutrales Bauen und wollen Aktivgebäude zum Standard machen.



Von: DIE LINKE
Kreisverband Stuttgart
Falkertstraße 58
70176 Stuttgart

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Aufbruchstimmung bei der Rottenburger LINKEN

Vollständige Liste für Gemeinderatswahlen einstimmig beschlossen

Anfang März hat die Rottenburger Linke auf einer öffentlichen Versammlung 34 Kandidatinnen und Kandidaten für die Gemeinderatswahl am 26. Mai nominiert, zwei davon als Ersatz.

Nimmt man die beiden Kandidatinnen, die nur für den Kreistag kandidieren, hinzu, hat **DIE LINKE** in Rottenburg 22 Neue gewonnen. Zehn der KandidatInnen kommen aus den Teilorten Bieringen, Ergenzingen, Obernau, Weiler, Wendelsheim und Wurmlingen, die Hälfte sind Frauen, neun Junge senken den Altersdurchschnitt deutlich. Alle sind stark engagiert in Gewerkschaft, Umweltverbänden, Feuerwehr und Familienbündnis und dadurch gut vernetzt, fünf kandidieren gleichzeitig für einen Ortschaftsrat.



Den großen Erfolg, mit einer vollständigen Liste für die Gemeinderatswahl antreten zu können, hob **Gemeinde- und Kreisrat Dr. Emanuel Peter** begeistert hervor. Er führte dies auf die kontinuierliche Arbeit der **LINKE** mit monatlichem Infostand auf dem Metzelpfad, den kommunalpolitischen Arbeitskreis und die Informationen in

„Neues aus dem Neckartal“ zurück.

All das macht **DIE LINKE** mit großem Engagement und als einzige Kraft im Gemeinderat regelmäßig. Im Gemeinderat haben **Dr. Christian Hörburger** und **Dr. Emanuel Peter** zahlreiche Vorhaben angestoßen, vor allem die Umwandlung der Gewerbebrache DHL in ein Wohngebiet mit preiswerten Mietwohnungen, den



Ausbau der Kinderbetreuung südlich des Neckars (Kreuzerfeld und DHL), den Quartierstreif Kreuzerfeld-Süd (Haus der Nachbarschaft), das gebührenfreie Parken am Samstag und Sonntag und einen schnelleren Neubau der Sporthalle und des Schulcampus Kreuzerfeld.

Auf zwei öffentlichen Versammlungen mit vielen Interessierten hat **DIE LINKE** ihr neues Kommunalwahlprogramm diskutiert, das sie im April veröffentlicht wird. Darin will sie

„Klare Kante für Demokratie, Umweltschutz und Soziales“

zeigen und rechnet mit einem dritten Sitz im neuen Gemeinderat, damit sie Fraktionsstärke erreicht. (Ke)

Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut.



Auch als Oma und Opa von Kindergartenkindern macht uns dieser Satz betroffen. Ja, wir fühlen uns verantwortlich und wir unterstützen die Schülerinnen und Schüler gerne beim Schulstreik für ein radikales Umsteuern in der Klimapolitik. Und ein Streik kann nur in der Arbeits – sprich Schulzeit stattfinden. Alles andere ist doch Quatsch! Und ja, es wäre schön, wenn die Schülerinnen und Schüler sich aktiv am Umweltschutz beteiligen würden. Aber bitte das sind Kinder und Jugendliche, die leben doch nach unserem Vorbild. Und wer von diesen Moralisten ohne Schuld an dieser Umweltmiesere ist, der darf den Zeigefinger heben. Ansonsten lauft mit! Wir sollten uns alle mit diesen Schülerinnen und Schülern solidarisch erklären. Wir brauchen ein sofortiges Umsteuern auf erneuerbare Energien, den Ausstieg aus der Kohleverbrennung, Geschwindigkeitsbegrenzungen auf allen Autobahnen, einen kostenlosen Nahverkehr, Beendigung der Massentierhaltung, mehr vegetarische Essensangebote ...



„fridays for future“ macht Mut und gibt uns allen Hoffnung, deshalb unterstützt als Mama, Papa, Oma, Opa, Tante, Onkel, Nachbar, Erwachsene unser aller Kinder!

Marlene Fischer, Ergenzingen

Zwischen Brexit und Europawahl

Retten Waffenexporte Europa?

Wo gibt es europäische Zusammenarbeit? Nicht bei der Flüchtlingsfrage, nicht bei der Bewahrung der viel gepriesenen europäischen Werte, nicht beim Klimaschutz. Sehr unterschiedliche Verständnisse von Demokratie und Umweltschutz sind nur schwer mit einander zu vereinbaren. Es scheint viele Europafeinde zu geben - zumindest Feinde des real existierenden Europas - aber auch Europafreunde, wenn es um Rüstungsgüter geht.

Das Friedensprojekt eines gemeinsamen Europas scheint immer mehr zum Rüstungsprojekt zu verkommen. Oder war es nie als Friedenprojekt ernsthaft gedacht?

Gewiss waren Aussöhnung und Frieden nach dem Zweiten Weltkrieg Leitmotiv für Europa. Geknickte Schlagbäume deuteten auf ein Europa ohne Grenzen hin und die ersten Besuche bei „den Franzosen“ im Rahmen des Schüleraustauschs führten zu engen Freundschaften zwischen Familien und Sportsfreunden - nicht nur zwischen Franzosen und Deutschen.

Manchmal habe ich den Eindruck, dass die Europäische Union nur mit einer Art Zwangsbeatmung am Leben gehalten werden kann. Was soll ein Deutsch-Französisches Parlamentsabkommen, in dessen Rahmen unverbindlich geplaudert wird? Es stimmt schon, eine Einladung zum gemeinsamen Grillen kann Spannungen zwischen Nachbarn ab- und Vertrauen aufbauen, aber eine Garantie besserer Nachbarschaft wird es nicht sein.

Die Erneuerung eines bestehenden Vertrags, des Elysée-Vertrags, durch den Vertrag von Aachen vom 22. Januar 2019 scheint mir auch nur eine Form der Nothilfe zu sein. Nur so lange der Wille zum Zusammenleben im Vordergrund steht, funktioniert eine Gemeinschaft.

Entpuppt sich die EU vielleicht doch noch als Friedensmacht? Eigentlich beschloss die Große Koalition an die im Jemen-Krieg beteiligten Länder keine Waffen zu liefern. Im Koalitionsvertrag steht: „Wir werden ab sofort keine Ausfuhren an Länder genehmigen, solange diese unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind.“ Stutzig

macht gleich die Formulierung „unmittelbar ... beteiligt“. In ihrem ersten Amtsjahr hat die Große Koalition Rüstungslieferungen in Höhe von rund 400 Millionen (!) Euro an Länder der Kriegsallianz geliefert, drei Viertel davon an die Allianzpartner Saudi-Arabien und die Vereinigten arabischen Emirate (VAE). - So viel zur Wertigkeit von Koalitionsverträgen.

Optimisten gingen davon aus, dass zumindest in aktuelle Kriegsgebiete keine Waffen geliefert würden, jedoch haben sie nicht bedacht, dass bereits ausgestellte Genehmigungen nicht davon betroffen sind und der Koalitionsvertrag zusätzlich Lücken lässt. Seit dem 14. März 2018 (Vereidigung des Kabinetts) wurden 208 Einzelgenehmigungen für Waffenlieferungen an die Länder der Kriegsallianz ausgestellt. Seit Ermordung des saudi-arabischen - Regimekritikers Jamal Khashoggi im Oktober 2018 gilt ein kompletter Ausfuhrstopp. Kritisiert wird er vor allem von Frankreich und Großbritannien.

Noch fehlt es der EU an einer gemeinsamen Rüstungspolitik und deshalb kann sich jedes an Gemeinschaftsprojekten beteiligte Land bei Exporten querstellen, wie z.B. bei der Lieferung von 48 Kampfflugzeugen des Typs Eurofighter Typhoon an Saudi-Arabien. Seit einem Jahr tut dies die Bundesregierung.

„Die Bundesregierung“ ist nicht so ganz richtig, denn es gibt Streit in der Regierung, nicht zuletzt wegen des Drucks der Rüstungsindustrie, die Entschädigungszahlungen ins Gespräch gebracht hat.

Es geht dabei nicht nur um die am Eurofighter beteiligten Staaten (Großbritannien, Italien, Spanien und Deutschland), sondern auch um die Interessen der französischen Rüstungsindustrie.

Die „Rüstungseuropäer“, die in gemeinsamer Entwicklung, Produktion und im Vertrieb Effizienzpotenziale

sehen, setzen auf eine Europäische Verteidigungsunion, die dann von europäischen Rüstungskonzernen gefüttert wird. Aber wie soll eine Europäische Verteidigungsunion aufgebaut werden, wenn jedes Land den Export von Rüstungsgütern verbieten kann und da geht es nicht nur um Flugzeuge sondern auch um Panzer und Artilleriesysteme. Eine Europäische Verteidigungsunion ist für die Rüstungsindustrie ein zu kleiner Markt, deshalb legt sie Werte auf den Verzicht jeglicher Exportrestriktionen und damit auf

„Rechtssicherheit“ jeden Kunden beliefern zu können, egal ob in Krisenzonen oder in einem Kriegsgebiet.

Im EU-Wahlkampf werden die Unterschiede sichtbar. CDU/CSU sind für möglichst offene Rüstungsexportrichtlinien, die SPD ist eher für eine restriktive Handhabung mit parlamentarischer Kontrolle, Grüne fordern das generelle Verbot von Exporten in Krisengebiete.

Um den aktuellen Konflikt mit Rüstungspartnern zu umgehen, kommt man auf eine pfiffige Idee: Sollte der deutsche Anteil zehn bzw. zwanzig Prozent an den deutschen eingebauten Bauteilen nicht überschreiten, steht einem Export aus deutscher Sicht nichts im Wege. „Exportverbot light“. Die europäischen Partner werden sich freuen und die Rüstungseuropäer werden betonen, dass sie wieder ein Stückchen europäische Gemeinsamkeit geschaffen haben. Wann werden wir solche gute Nachrichten zum Migrationsproblem, zum Schutz der Umwelt und zur Angleichung der sozialen Standards hören?

„Wenn Merkel wieder Waffen an Saudis liefert, ist sie mitverantwortlich für hungernde Kinder im Jemen. Wir brauchen keine europäische Zusammenarbeit, um Profite der Rüstungskonzerne zu steigern, sondern um Armut & Klimawandel zu bekämpfen.“ (Sarah Wagenknecht)

Norbert Kern, Wendelsheim



Interkommunales Aktionsbündnis gegründet

Flugfeld Baisingen muss geschützt werden

Anfang diesen Jahres trafen sich interessierte Bürgerinnen und Bürger aus den Stadtteilen Ergenzingen und Baisingen und der Gemeinde Eutingen um das **Aktionsbündnis für nachhaltige Entwicklung - Flugfeld** zu gründen.

Dieses interkommunale Aktionsbündnis hat sich zum Ziel gesetzt das historische Flugplatzgelände für Menschen, Tierwelt und Natur zu erhalten. Das Gebiet umfasst annähernd 65 Hektar und stellt bereits heute ein wichtiges Vogelschutzgebiet dar. Die Brachflächen sollen erweitert werden, um so der vorhandenen Tierpopulation wie z. B. Feldläschen, Rebhühnern, Insekten und Amphibien die notwendigen Lebensräume zu erhalten. Außerdem stellt dieses Gebiet für Ergenzingen eine wichtige Frischluftschneise dar, ist aber auch eine Gefahr für Hochwasser aus dem Göttelfinger Tal.

Im März 2018 beschloss der Rottenburger Gemeinderat, übrigens im gleichen Beschluss wie zum Gewerbegebiet Herdweg, die Aufnahme des Gewerbegebiets am Standort Flugfeld

Baisingen in den Regionalplan aufzunehmen. Sehr interessant dabei ist die Tatsache, dass im Juli 2018 ein für Ergenzingen bestehendes Bauverbot aufgrund der Lage im Überschwemmungsgebiet aufgehoben wurde.

Es ist doch seltsam, dass weltweit Unwetter und Starkregen zunehmen, nur

genzingen hätte das fatale Folgen und das gilt es zu verhindern!



Unterstützung bekommen die Aktivisten von Naturschutzverbänden, politischen Gruppierungen, wie den Grünen und Der Linken im Gemeinderat und örtlichen Vereinen. Zusätzlich ist das Aktionsbündnis mit zahlreichen regionalen und überregionalen Aktionsbündnissen vernetzt.

Am **1. Mai 2019** veranstaltet das Aktionsbündnis für alle Interessierten auf dem Flugplatzgelände eine **Begehung**. Dabei können sich alle Bürgerinnen und Bürger ein Bild von dem geplanten Flächenverbrauch über ca. 65 Hektar machen. Für die Bewirtung sorgt der dort ansässige NABU. Bitte merken Sie sich den Termin vor!

Überhaupt wäre es wünschenswert, wenn vor den Kommunalwahlen mit allen politischen Gruppierungen die Problematik um das geplante Gewerbegebiet Flugfeld diskutiert wird. Dazu finden in Ergenzingen

für Ergenzingen scheint dies keine Bewandnis zu haben. Oder ist es vielmehr nicht so, dass dieser Gewerbeansiedlung im Flugfeld und der damit einhergehenden Versiegelung von weiteren Flächen eine Wasserschutzzone im Wege steht!? **Fest steht, für Er-**

weitere wichtige Veranstaltungen für eine offene Bürgerbeteiligung statt. (Siehe Veranstaltungshinweise).

Marlene Fischer
Ergenzingen

Veranstaltungshinweise



Am 11. April 2019 findet eine Diskussion mit den Vertretern der Stadt Rottenburg zu den offenen Bürgerfragen aus der Podiumsdiskussion v. 2. Oktober 2018 statt

Veranstalter ist das Aktionsbündnis für nachhaltige Entwicklung, Rottenburg mit Teilorten.

Am 16.05. spricht Herr Stefan Frey, Vorstandsmitglied des Landesnaturschutzverbandes Baden-Württemberg, zum Flächenverbrauch und der Innenentwicklung.

Veranstalter sind das Aktionsbündnis für nachhaltige Entwicklung, Rottenburg mit Teilorten und die Bürgerinitiative Hau und Holzweise, Horb-Ahldorf. Herrn Frey ist es wichtig, dass im Anschluss eine Diskussion pro und contra Flächenverbrauch stattfindet.

Beide Veranstaltungen beginnen **um 19 Uhr** und zwar nicht in der Mensa der GiG sondern im **DRK-Heim**.

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Das Bildungs- und Teilhabegesetz ist ein Rohrkrepierer

Placebo-Politik der Bundesregierung statt Armutsbekämpfung

2009 hatte das Bundesverfassungsgericht (BVG) die Hartz-IV-Gesetzgebung für Kinder für verfassungswidrig erklärt. Hauptgrund: Die Regelsätze für Kinder wurden nach den Bedarfen für Rentner berechnet. Weil diese Altersgruppe bekanntlich nicht mehr die Schule besucht, sah der Kinderregelsatz für Bildung Null Cent vor.

Dieses skandalöse SPD-Gesetz versuchte Ursula von der Leyen durch das Bildungs- und Teilhabegesetz (BuT) aufzuhübschen, indem Kindern pro Schuljahr 100 Euro und kleine Zuschüsse für Musikunterricht, Teilnahme an Vereinen und Klassenfahrten zugestanden wurden.

Von jeder Kindergelderhöhung wurden sie jedoch faktisch ausgeschlossen, weil diese Erhöhung auf den Hartz-IV-Satz angerechnet wurde. Die Hartz-Gesetze bedeuten nicht nur „Arm trotz Arbeit“ für Erwachsene, sondern auch Ausgrenzung von 4,4 Mio. Kindern. Denn der Deutsche Kinderschutzbund (DKSB) hat kürzlich nachgewiesen, dass nicht nur drei Millionen, sondern etwa 4,4 Mio. Kinder in unserem reichen Land in Armut aufwachsen müssen. 20 Prozent aller Bundesgelder für

BuT gehen für die bürokratische Verwaltung der Antragsstapel drauf. Nur 15 Prozent der Betroffenen stellen überhaupt Anträge für die Minimalbeträge. Doch nicht nur das.

Der neueste Sozialbericht für den Landkreis Tübingen kommt zu ernüchternden Feststellungen: 3.725 Personen haben 2017 im Landkreis BuT-Leistungen erhalten: „Den Großteil der bezogenen Leistungen, insgesamt über 40 Prozent, machten Leistungen für den Schulbedarf aus. Bei 11 Prozent handelte es sich um Leistungen zur Schulbeförderung und zwei Prozent nahmen Leistungen zur Lernförderung (!) in Anspruch. Die Mittagsverpflegung machte 23 Prozent der Leistungen aus, und bei 11 Prozent handelte es sich um Leistungen zur sozialen und kulturellen Teilhabe.“

In Rottenburg waren die Leistungen für den Schulbedarf mit 46 Prozent am höchsten, gefolgt von 20 Prozent für das Mittagessen. Aber OB Neher schwärmt von seiner „sozialen Stadt“.

Glaubt jemand im Ernst, dass der Teufelskreislauf von sozialer Armut und Bildungsarmut durch dieses BuT durchbrochen werden kann? Noch immer ist Deutschland unter den Industrieländern das Land, in dem die soziale Herkunft den Bildungsweg und den schulischen (Miss-)Erfolg am stärksten bestimmt. Daran wird auch das „Starke-Familien-Gesetz“ der SPD nichts Entscheidendes ändern!



Deshalb fordern die Sozialverbände (Caritas, Paritätischer) und die Bertelsmann-Stiftung seit Jahren eine elternunabhängige Kindergrundsicherung (aktuell mindestens 500 Euro).

DIE LINKE fordert eine gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Uni. Dafür treten wir auch weiterhin im Gemeinderat und im Kreistag ein!

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Hochbegabten-Internat statt gebührenfreie Kitas

Traumhafte Bildungsbedingungen - aber nicht überall

Für satte 80 Millionen Euro will die grün angestrichene schwarze Landesregierung ein neues Internat in Bad Saulgau bauen. Es soll ein Elite-Gymnasium für 192 ausgewählte SchülerInnen der Klassenstufen 10-12 werden.

Das „Leuchtturmprojekt“ (Kultusministerin Susanne Eisenmann, CDU) gründet sich auf eine „engen Verzahnung von Gymnasium, Wirtschaft und Universität“ und soll einen Schwerpunkt in den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) haben. Der Unterricht wird von Professoren geleitet und beinhaltet Praktika in Entwicklungsabteilungen der

Industrie und Projekte mit Künstlicher Intelligenz (Cyber Valley in Tübingen).

Der Klassenteiler beträgt 16 Schüler. Davon träumen viele LehrerInnen nur. Denn überall fällt Unterricht wegen Lehrermangels aus. Deshalb gehören überfüllte Klassen mit über 30 SchülerInnen zum Schulalltag. Jetzt bereiten die Arbeitsgemeinschaft der Elternvertretungen der Gymnasien (ARGE) und der Freiburger Vater Jens Hoeksma eine Klage wegen des landesweiten Unterrichtsausfalls vor. Am Freiburger Gymmi fielen durchschnittlich (!) elf Prozent der Stunden aus, in einzelnen Fächern sogar 25 Prozent. Neben dem hohen Unterrichtsausfall ist das Kultusministe-

rium glorreich mit der landeseigenen **Bildungsplattform Ella gescheitert**, mit der 1,5 Millionen Lernende und Unterrichtende in 4.800 Schulen digitalen Unterricht betreiben sollten. Denn wie bei Ex-Kultusministerin Annette Schavan (CDU) mit ihrer chaotischen Einführung des achtjährigen Gymnasiums wollte Baden-Württemberg mal wieder bundesweiter Vorreiter im Bildungsbereich sein, dieses Mal beim Internet-Hype.

Hier werden gegenwärtig Millionen-Beträge verschleudert, während die Landesregierung für den Start der Kinder in ihrer Bildungslaufbahn

>>>

in gebührenfreien Kitas angeblich kein Geld hat.

Innenminister Thomas Strobl (CDU) lehnt den SPD-Antrag auf ein Volksbegehren über die Einführung von gebührenfreien Kitas mit dem Argument ab, 530 Mio. Euro pro Jahr seien eine „wesentliche Summe“ und griffen verfassungswidrig in den Landeshaushalt ein. Im Klartext: Volksbegehren, wie

sie 2015 mit großem Trara der Regierung in die Landesverfassung eingeführt wurden, dürfen nichts kosten. Nur dann sind sie zulässig.

Und die Grünen sind sowieso gegen das Volksbegehren, weil sie die Bundeszuschüsse für eine bessere „Qualität“ der Kitas einsetzen wollen. Darauf warten viele Eltern seit Jahren und müssen allein in Rottenburg jähr-

lich zwei Millionen Euro für die Betreuung ihrer Kinder zahlen! Einzig **DIE LINKE** setzt sich für das Recht auf gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Uni ein, denn schließlich legt der Orientierungsplan für die Kinderbetreuung ausdrücklich fest, dass diese Teil der Bildung ist und die Kinder auf die Schule vorbereiten soll!

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Endlich: Palmöl wird nicht mehr als nachhaltig gefördert Große Blamage für Umweltpolitik der Grünen

Palmöl – was hat das mit mir zu tun? In jedem zweiten Supermarktprodukt ist es verarbeitet, in Futtermitteln, Wasch-, Reinigungs- und Kosmetikprodukten, Allein 2015 hat Deutschland rund eine Million Tonnen Palmöl und 122.600 Tonnen Palmkernöl verbraucht, die Hälfte davon als Agrarkraftstoff E10 für Benzin.

2003 wurden reiner Biodiesel und Bioethanol von der Steuer befreit, danach die Mischung mit fossilen Brennstoffen. Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne) schwärmte vom Biosprit als „Kraftstoff für unsere Zukunftsfähigkeit“, er wollte den Anteil von Biosprit durch die Steuerbefreiung auf 25 Prozent steigern.

Renate Künast (Grüne) schwärmte von der deutschen Unabhängigkeit vom Erdöl durch Biosprit, bevor sie später behauptete, niemals für E 10 eingetreten zu sein.

Während schon damals Greenpeace und BUND vor Biokraftstoffen warnten – hoher Düngerbedarf, Bodenerosion und Verbrauch von Flächen für die Nahrungsmittelproduktion – beklagten die Grünen einzig eine ungeschickte Einführung des E 10-Kraftstoffs. „E 10 ist nicht Klima-, sondern Branchenschutz“ für die Autokonzerne, kommentierte Die Zeit schon 2011.

Wie die Deutsche Umwelthilfe (DUH) jetzt bekannt gab, stuft die EU-Kommission das schädliche Palmöl in ihrer neuen Richtlinie über erneuerbare Energien nicht mehr als nachhaltig ein. Ab 2023 wird seine Verwendung verringert und 2030 ganz beendet. Über

600.000 Unterschriften hatte die DUH dafür gesammelt.

Umweltflüchtlinge durch Palmöl

Dies belegt, dass immer mehr Menschen global denken und lokal handeln. Denn Palmölplantagen tragen entscheidend zur Klimazerstörung bei. Die Süddeutsche Zeitung, sicherlich kein linkes Kampfblatt, berichtete

korrupter Regierungen an (Landgrabbing).

Oxfam hat errechnet, dass in den Entwicklungsländern seit der Jahrtausendwende rund 230 Mio. Hektar Land verkauft wurden, eine Fläche in der Größe von Westeuropa. Verbunden ist der Aufkauf von Land mit Wassermangel, Vernichtung der Existenz von Tausenden Bauern und darauf folgende Hungersnöte.

„Umweltflüchtlinge“, die vor dem Verhungern und Verdursten fliehen, sind die Folge. Denn: Wer den Boden besitzt, besitzt die Wasserrechte. Deshalb haben die G20-Agrarminister in Buenos Aires im Juli letzten Jahres eine Resolution zum Bodenschutz verabschiedet, in der es heißt:

„Gesunde Böden sind ein essentieller und nicht erneuerbarer Teil unserer natürlichen Ressourcen. Sie besitzen Schlüsselfunktionen bei der Nahrungsmittelproduktion, der Reduzierung von Auswirkungen der häufigen und extremen Wetterereignisse und stellen uns essentielle Ökosystemdienstleistungen zur Verfügung.“

Vielleicht sollten sich einige an diese heeren Worte erinnern, wenn sie in Rottenburg wieder (Acker-)Böden in Gewerbeflächen verwandeln wollen!



2016, dass 50.000 Bauern in Afrika von ihren Feldern vertrieben wurden, weil eine Investmentfirma in New York 73.000 Hektar Land aufgekauft hat, um dort eine Palmölplantage anzulegen.

Für einen Liter Bioethanol benötigt man 4.000 Liter Wasser. 2011 wurden global 100 Mrd. Bioethanol und Biodiesel auf einer Fläche von 100 Mio. Hektar Land produziert. Dieses Land eignen sich internationale Konzerne und Investmentfonds häufig mithilfe



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Krise in der Pflege im Landkreis nimmt zu

Kreissozialbericht offenbart gravierende Probleme

Kürzlich verkündete Finanzbürgermeister Dr. Bednarz, dass die Stadt für das geplante Pflegeheim in Ergenzingen nicht genügend Geld habe und einen Privatinvestor dafür suche (siehe Neues aus dem Neckartal, März 2019).

Die Stadt wolle eine Rahmenplanung über Altersentwicklung der Bevölkerung, vorhandene Pflegeangebote und „Handlungsansätze“ erstellen lassen, die sie dann „in den nächsten Jahren abarbeiten“ will.

Das braucht sie nicht mehr! Denn seit Februar 2019 liegt der neue Sozialbe-

Am 21. Februar 2019 fand die Veranstaltung „Pflege in der Zukunft“ in der Reihe „Kultur am Nachmittag“ im Sitzungssaal des Rottenburger Rathauses statt.

Die Begrüßung mit den Worten: „Es handele sich um eine **politische Veranstaltung**“, sorgte bei uns Ergenzingern für eine kurze Schrecksekunde. Reflexartig zogen wir die Köpfe ein. Darf das sein im Rottenburger Plenarsaal? Widerspricht das nicht irgend einer Raumnutzungsordnung! Doch der gesunde Menschenverstand obsiegte sogleich. Denn wenn in einem Rathausaal oder in sonstigen städtischen Gebäuden keine politischen Gedanken mehr ausgetauscht werden dürfen, ist das widerrechtlicher Blödsinn. Punkt!

Herr Michael Lucke, Mitvorstand der „Dorfgemeinschaft Kiebingen e. V.“ führte sehr informativ in das Thema ein. Wir erfuhren, dass vielen Menschen wesentliche Fakten rund um die Pflege unbekannt sind und noch prekärer niemand umfänglich zuständig sei. Dies zeigt sich besonders deutlich bei den Städten und Gemeinden. Hier gibt es keine klare Verantwortlichkeit wie z. B. bei den Kindergärten. Allenthalben gibt es Defizite, wie den Fachkräftemangel. Das ganze werde sich laut Erhebung der Barmer in 2018 noch dramatisch verschärfen. Denn der Hauptanteil in der Pflege wird von den 2,5 Mio. Angehörigen geleistet. Zwei Drittel davon sind Frauen. Ein Drittel geht noch arbeiten und bei 85 % be-

richt für den Landkreis Tübingen mit genauen Zahlen vor. Danach nimmt die Bevölkerung über 65 Jahre im Kreis von 2017 bis 2035 um fast die Hälfte zu. Der Fachkräftemangel im Bereich Pflege und Gesundheit habe schon jetzt große Versorgungsengpässe, „die sich angesichts der zukünftigen prognostizierten (d.h. vorhergesagten) Bevölkerungsentwicklung noch deutlich verschärfen“ werden.

Seit 2010 besteht im Landkreis keine klassische Pflegeplanung mehr. Aber der „Landkreis sowie die kreisangehörigen Städte und Gemeinden stehen in der Verantwortung, für den bedarfsge-

stimmt die Pflege den Alltag. Jedem 5. ist die Pflege zu schwer und diese fühlen sich überfordert. Zählt man alle Personengruppen zusammen, so sind 9 Mio. mit Pflege befasst oder waren selbst pflegebedürftig. Das sind 10 % der Bevölkerung.

Herr Lucke rät jedem, der zuhause alt werden will, sich frühzeitig (während man noch arbeitet) zu überlegen, wie das gehen soll. Dazu gehören:

- Ist das Haus, die Wohnung geeignet, sprich altersgerecht?
- Gibt es ein seniorengerechtes Wohnungsangebot vor Ort?



- Möchte ich gemeinschaftlich Wohnen?
- Was machen ich, wenn Einschränkungen kommen? Wer hilft mir?
- Gibt es eine sorgende Gemeinschaft mit professioneller Hilfe vor Ort, im Quartier?
- Werden Besuchsdienste angeboten? Wer organisiert diese?
- Bin ich ohne Auto noch mobil, gibt es ein ausreichendes Nahverkehrsangebot, ein Bürgerauto?
- Wo ist die nächste Begegnungsstätte, ein Stadtteiltreff, um Kon-

rechten Ausbau haushaltsnaher Dienstleistungen, gesundheitsbezogener Angebote, betreuter Wohnangebote sowie ambulanter und teilstationärer Pflegeangebote Sorge zu tragen“. Noch Fragen, Herr Dr. Bednarz?

Im Kreistag soll bis zum Sommer über die aktuelle Situation informiert und beraten werden – also nicht erst in einigen Jahren! Wichtige Anregungen über alternative Wohnformen für Ältere gab es bei der Veranstaltung, über die hier berichtet wird.

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

takte herzustellen?

- Kann ich selbst noch Dienste leisten?
- Gibt es technische Möglichkeiten/Anbieter für den Hausnotruf?

Herr Lucke sieht im **care sharing**, analog der früheren Gemeindegewerkschaft, ein Modell der Zukunft. Dienste sollten geteilt werden, um sich z.B. in der Nacht Hilfe zu leisten. Das Angebot an Kurzzeitpflegeplätze für Krisensituationen muss steigen. Tagespflegeeinrichtungen müssen vor Ort angeboten werden. Neue Wohngemeinschaft wie in Kiebingen sind wegweisend. Auch Betreuungskräfte und Altersbegleiter werden gebraucht.

Alles in allem zeigt uns diese Darstellung und auch die anschließende Diskussion deutlich auf, dass wir bezüglich unserer aller Zukunft aktiv werden müssen. Wir können nicht auf bewährtes zurückgreifen. Die Situation wird sich in den nächsten Jahren dramatisch zuspitzen, da in den nächsten Jahren die Generation Babyboomer in die Rente kommen. Der Pflegenotstand ist bereits heute zu spüren und es gilt diesen zu bewältigen. Hierfür werden wir uns als Vertreterinnen der LINKEN einsetzen. Wir müssen kreativ und gemeinschaftlich neue Wege gehen und wir müssen kommunale Zuständigkeit herstellen.

Marlene Fischer
Ergenzingen

... macht hoffnungsvoll!

Was ist wichtiger? Schwänzen oder demonstrieren?

Müssen sich die jungen Menschen nicht veräppelt vorkommen? Hat Frau Merkel nicht gemerkt, dass die Demonstrationen in Deutschland eine schallende Ohrfeige für ihre Umweltpolitik sind? Sie begrüßt, dass sie gemahnt wird (siehe Kasten). Will sie damit sagen, dass sie gegen die Lobbyisten, die keine Umweltpolitik wollen, nicht ankommt?

Es kommt mir vor, als wenn Schüler gegen den schlechten Unterricht der Lehrer auf die Straße gehen und die Kultusministerin darauf antwortet: Ich freue mich, dass ihr es gemerkt habt, wie wenig wir für eure Zukunft tun. Bravo! Es ist schon seltsam, wenn man die Betroffenen lobt, wenn diese sehen, dass sie betrogen werden. Nur glaubt man wohl, den Betrug locker wegstecken zu können.

Da müssen „Wirtschaftskraft“ und „Klimaschutz“ versöhnt werden. Da geht einem doch das Messer in der Tasche auf - oder um im Bild zu bleiben - es fällt mir die Kappe vom Rotstift und Zuckungen in der Hand lassen mich wütend das Korrekturzeichen „I“ für Inhalt und „A“ für Ausdruck an den Korrekturrand setzen. So spricht die Frau, die einmal Umweltministerin war, als Klimakanzlerin bezeichnet wurde und immer noch über die Richtlinienkompetenz in der Regierung verfügt.

Man möchte den jungen Menschen zurufen: „Fridays-for-future“ werden dem Problem nicht gerecht. „Everyday-for-future“ müsste die Parole lauten und ein Art Generalstreik oder besser: Generalboykott, sollten die Jungen ausrufen und deutlich weltweit die Frage stellen, was sie mit ihrer Bildung und Ausbildung in einer lebensfeindlichen, sie tötenden Umwelt einmal machen sollen, wenn ihre Fähigkeiten von Stürmen weggefegt werden und sie in den steigenden Meeren ersaufen.

Die Einschätzung der Bildungsministe-

rin Anja Karliczek (CDU), dass das Engagement der Schüler nicht Schulschwänzen rechtfertigt, ist im Gesamtzusammenhang eine interessante Erkenntnis. Demonstrationen von Arbeitnehmern außerhalb ihrer Arbeitszeit ist eine Veranstaltung, die Arbeitgeber erfreut, aber ohne jede Wirkung bleibt. Die Schüler haben das für die Durchsetzung ihrer Interessen erkannt und sie haben gewiss abgewogen, ob der Verzicht auf die ach so wertvollen Unterrichtsstunden für ihre Zukunft bedrohlicher ist als die Umweltpolitik einer unwilligen Regierung.

„Deshalb begrüße ich es sehr, dass junge Menschen, Schülerinnen und Schüler demonstrieren und uns sozusagen mahnen, schnell etwas für den Klimaschutz zu tun.“

„Wir müssen Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft auf der einen Seite mit den Zielen des Klimaschutzes versöhnen.“

Angela Merkel, Bundeskanzlerin

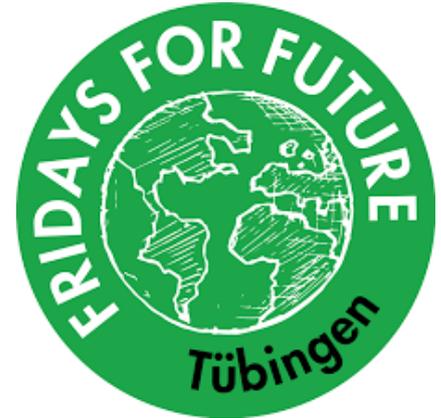
„Ich bin für Realitätssinn. Von Kindern und Jugendlichen kann man nicht erwarten, dass sie bereits alle globalen Zusammenhänge, das technisch Sinnvolle und das ökonomisch Machbare sehen. Das ist eine Sache für Profis.“

„Svenja Schulze versucht sich an ihrem Schreibtisch mit weltfremden Ein-Jahres-Plänen für den Klimaschutz. Das ist schlimmer als in der DDR.“

Christian Lindner, FDP - Vorsitzender

Übrigens wäre es eine schöne Aufgabe die geschwänzten Stunden der Schüler gegen den „normalen“ Unterrichtsausfall gegenzurechnen. Ich vermute, dies geht über die Jahre betrachtet deutlich zu Lasten der Kultusbürokratie. Wie werden eigentlich die Unterrichtshinderer bestraft?

Wenn der Vorsitzende der FDP die Aktionen der Schüler kritisch sieht, sei ihm das unbenommen. (Siehe Kasten) Nur haben „seine“ Profis bis jetzt keine so überzeugende Arbeit geleistet im Hinblick auf eine wirksame Klimapolitik. Die Jugendlichen, die auf die Straßen gehen, haben dies erkannt. Herrn Lindners Realität scheint nicht die Wahrnehmung weltweiter klimabedingter Wetterkatastrophen zu zulas-



sen. „Schlechtes Wetter hat es schon immer gegeben - so what.“ Dieser Satz kann ihm nicht zugeschrieben werden, aber vielleicht hat er ihn doch mal gesagt, der Profi, der er ist.

Sollte es noch Schüler geben, in deren Ranzen und Mappen noch eine Vesperdose zu finden ist, dann sollte dieses „Überlebenspaket“ noch durch eine gelbe Warnweste ergänzt werden, die sie dann auf ihren Schulwegen tragen, um zu signalisieren, in welcher Gefahr sie sich befinden und dass auf sie zu achten sei, denn wie hören sie nicht selten: Ihr seid das Wertvollste, das wir haben. - Nur glauben können sie es nicht so recht.

Wie ernsthaft das Problem Klimawandel von Politikern angegangen wird, zeigt Philipp Amthor (CDU, Bundestagsabgeordneter, 26 Jahre) in Bild am Sonntag: „Die Antworten auf den Klimawandel sind zu komplex für ein Protestplakat. Man muss aufpassen, dass man nicht unrealistisch wird. Wir sind eine der modernsten Industrienationen der Welt. Da kann man nicht einfach alle Kraftwerke durch Sonne, Wind und ein bisschen Kuhmist ersetzen.“ Noch ein Experte von dem keine Solidarität zu erwarten ist. Was ich den jungen Politikern nicht wünsche, ist, dass sie der Klimawandel und die Folgen ihrer Politik einholen werden.

Was aber hoffnungsvoll stimmt, ist die Tatsache, dass weltweit und durch alle Altersgruppen demonstriert wird und dass der Umweltschutz vor der Schulpflicht steht und Nachteile für die Praktizierung des kleinen Widerstands in Kauf genommen werden.

Norbert Kern, Wendelsheim

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

... meldet sich zu Wort

Ja, Sie haben Recht. Die Überschrift kann ihnen bekannt vorkommen. Wenn die Fraktionen im Gemeinderat in den Rottenburger Mitteilungen etwas mitteilen, dann unter der Überschrift, die mit „... meldet sich zu Wort“ abschließt.

Die Überschrift der letzten Wortmeldung der CDU im RoMi 12-2019 ist ein echter Eye-Catcher, gemäß Duden ein Blickfang, ein Köder.

Miteinander. Füreinander. Machen.

Nein, es war nicht das Miteinander und Füreinander, das mich störte. Es geziemt einer sich christlich nennenden Partei allemal, sich mit anderen und für andere einzusetzen. Was mich störte, waren die Punkte hinter den Wörtern. Ich las sie als Ausrufezeichen, als Befehle. Aber gleich merkte ich, dass diese Ausrufezeichen nicht falsch wären. Warum sollte sich eine Partei nicht im Befehlston zu einem verträglichen Verhalten auffordern - kurz, bündig, forsch. So formuliert man Tatendurst und Umtriebigkeit. Dynamisch. Schnörkellos. Da war ein Macher am Werk.

Ich möchte mich schlau machen und gebe in Wikipedia ein: „cdu rottenburg fraktion gemeinderat“. Klick auf

„Bilder“. Ich bin irritiert. Was soll dort der Kopf von Dr. Emanuel Peter, der **DIE LINKE** im Rottenburger Gemeinderat vertritt. Ist er zum Klassenfeind übergelaufen? Man hört ja immer, dass man den Informationen in Wikipedia nicht unbedingt Glauben schenken darf - aber so einen Abgrund an Desinformation! Der Rote sucht Unterschlupf bei den Schwarzen? Und dann steht da noch: „Jahrelanges Versagen im ...“ Dass unter CDU etwas von Versagen der **LINKE**n zu lesen ist, wundert mich nicht. Ich klicke das Bild an und lese: „Jahrelanges Versagen im sozialen Wohnungsbau“. Wie bitte?

DER LINKE hat im Wohnungsbau versagt? Meines Wissens hat er mit dem Maurerhandwerk nichts zu tun und ein Baugeschäft hat er auch nicht. Ich klicke auf den verstörenden Satz und werden auf www.tuebingen-linke.de umgeleitet.

Schnell wird klar, dass der auffällige Satz mit Rottenburg direkt wenig zu tun hat. Der Beitrag datiert vom 14. August 2015. ... „Jahrelanges Versagen im sozialen Wohnungsbau, so dass es kein Polster für Notunterkünfte gibt und Rechtsradikale Wohnungssuchende gegen Flüchtlinge aufhetzen. Deshalb fordert der Städtetag ein Sofortprogramm Wohnungsbau für beide

Personengruppen. ...“

Es ist schon kurios, wenn jetzt die CDU im RoMi feststellt, dass „die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum für alle Altersschichten“ ein dringliches Problem ist. War es nicht **DIE LINKE**, die jahrelang und lange vor der CDU darauf hinwies? Der Arzt würde kurz von kollektiver Amnesie (gemeinschaftlichem Gedächtnisverlust) sprechen.

Schicksalsschläge können einen schon so manches verdrängen lassen. Der Ausgang des Bürgerentscheids über das Galgenfeld war ein herber Schlag für die CDU. Keine der ehemaligen Hochburgen mit ihren ergebenen Ortsvorstehern hat mehrheitlich für das Galgenfeld gestimmt.

Der Ehrlichkeit halber sollte die Überschrift heißen

Miteinander. Füreinander. Machen, was andere schon längst gefordert haben.

Übrigens versteckt sich ein feiner Hintergedanke in der Mitteilung. Bei der Vergabe von Bauplätzen sollen „ortsansässige Bewerber“ bevorzugt werden. Zugbrücke hoch! Kanonen laden!

Norbert Kern, Wendelsheim

DIE LINKE.

Neues aus dem Neckartal

Termine:

Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpplatz

Samstag, 30. März 2019, 10.00 - 12.00 Uhr

Kommunalpolitischer Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg

Mittwoch, 3. April 2019, 19.30 Uhr, Gaststätte Engel, Königstraße 7, 1. Stock (gegenüber der Stadtbibliothek)

Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpplatz

Samstag, 27. April 2019, 10.00 - 12.00 Uhr

Kommunalpolitischer Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg

Mittwoch, 1. Mai 2019, 19.30 Uhr, Gaststätte Engel, Königstraße 7, 1. Stock (gegenüber der Stadtbibliothek)

Kontakt zu **linksjugend rottenburg**:

[facebook.com/solid-rottenburg-a-n](https://www.facebook.com/solid-rottenburg-a-n).

E-Mail: rottenburg@linksjugend-solid-bw.de

Redaktionsschluss für die April-Ausgabe: **Freitag, 22. März 2019**

Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an

Gemeinderat Dr. Emanuel Peter (EP)

Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg

Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



Redaktion

Norbert Kern (Ke), 72108 Rottenburg - Wendelsheim, Kornbühlstraße 75



V.i.S.d.P.

Hans Jürgen Petersen (Pe), 72108 Rottenburg
Eichendorffstr. 49

